

**EIN BESSERES BERLIN
IST MÖGLICH.**

**AUCH UND GANZ BESONDERS FÜR
MENSCHEN MIT BEHINDERUNG.**

Berlin, 2. Dezember 2022

Berlin muss funktionieren – für alle Berliner und ganz besonders für Menschen mit Behinderungen. Noch immer haben behinderte Menschen in Berlin mit unzähligen Barrieren zu kämpfen: Kaputte oder fehlende Aufzüge schränken die Mobilität ein, eine barrierefreie Wohnung zu finden ist noch schwieriger als in Berlin ohnehin schon und bei der Inklusionspolitik scheitert Rot-Grün-Rot wie auf so vielen anderen Feldern am eigenen Anspruch.

Damit Berlin für alle funktioniert, muss ein neuer Blick auf die Bedürfnisse und berechtigten Erwartungen von Menschen mit Behinderungen geworfen werden. Stadtplanung, Mobilität, Wohnungen, Wirtschaft, Bildung, Sicherheit, Verwaltung und Sport: In allen Bereichen gibt es Verbesserungsbedarf für ein barrierefreies und inklusives Berlin.

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung bekräftigt die CDU Berlin ihre Forderungen für ein besseres Berlin – auch und ganz besonders für Menschen mit Behinderungen.

Stadtplanung, die an alle denkt

Berlin wächst kontinuierlich weiter. Dass unsere Stadt die 4-Millionen-Einwohner-Marke knackt, ist nur eine Frage der Zeit. In einer funktionierenden Stadt muss mit der Bevölkerung auch die Infrastruktur wachsen. Neu- und Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum werden angesichts des Sanierungsstaus an vielen Stellen von immer größerer Bedeutung, um unsere Stadt lebenswert zu halten. Bau- und Sanierungsmaßnahmen müssen gezielt genutzt werden, um Menschen mit Behinderungen das Leben in unserer Stadt zu erleichtern. Um eine inklusive und barrierefreie Planung zu ermöglichen, muss die Expertise von Sozial- und Behindertenverbänden vom ersten Planungsschritt an einbezogen werden. Nur wenn wir den Erfahrungsschatz von Menschen mit Behinderungen von Anfang an nutzen, schaffen wir die städtebauliche Grundlage für ein barrierefreies und inklusives Berlin.

Mobil, auch mit Behinderung

Der Wunsch nach einer barrierefreien Mobilität bleibt unter Rot-Grün-Rot weiter unerfüllt. 6 S-Bahnhöfe, 33 U-Bahnhöfe und 237 Tram-Haltestellen sind nicht barrierefrei erreichbar. Hinzu kommen Aufzüge und Rolltreppen, die regelmäßig nicht funktionieren.

Wir wollen Tempo statt Stau nicht nur beim Ausbau des Berliner ÖPNV, sondern auch bei der Barrierefreiheit. Defekte Rolltreppen und Aufzüge müssen binnen 24 Stunden repariert werden. Bis Ende 2023 sollen alle Bahnhöfe von U- und S-Bahn ohne Treppensteigen genutzt werden können und mit Blindenleitsystemen ausgestattet sein, damit unnötige Barrieren im Alltag endlich abgebaut werden.

Unnötig sind auch falsch abgestellte E-Scooter, die Fuß- und Radwege blockieren und vor allem für ältere Personen mit Rollator sowie Sehbehinderte ein enormes Gefahrenpotenzial darstellen. Jeder zehnte Unfall mit einem E-Scooter ereignet sich in Berlin. Das darf nicht so bleiben.

Die Novelle des Berliner Straßengesetzes hat nur in der Theorie zu einer Verbesserung der Situation geführt. Viele Vorschriften sind nicht kontrollierbar und damit wirkungslos. Deswegen braucht es wenige, dafür aber klare und durchsetzbare Regeln, die funktionieren:

In Berlin soll das Abstellen von E-Scootern ausschließlich innerhalb von ausgewiesenen Abstellflächen genehmigt werden. Dies können Verkehrsflächen im Kreuzungsbereich sein, ungenutzte Flächen neben Wartehallen an Haltestellen und auch vereinzelt Parkplätze im öffentlichen Straßenland.

Um die Durchsetzbarkeit sicherzustellen, setzen wir auf technische Lösungen und klare Sanktionen. Eine technische Lösung zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Abstellens könnte darin bestehen, dass eine Fahrt nur dann beendet werden kann, wenn ein Fahrzeug nicht nur mittels GPS, sondern auch mittels photographischen Belegs in den ausgewiesenen Abstellflächen ordnungsgemäß abgestellt wird. Sanktionen gegen Anbieter, die die vereinbarten Rahmenbedingungen nicht erfüllen, müssen spürbar sein, damit sie wirken. Hierzu zählt insbesondere auch der Widerruf der Sondernutzungserlaubnis des öffentlichen Straßenlandes bei wiederholten groben Verstößen.

Es bedarf auch dringend einer Sanierungsoffensive für die Gehwege in unserer Stadt. Bei Tiefbaumaßnahmen sollte verstärkt das Ziel verfolgt werden, durch Absenken der Bordsteine die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Dort, wo es nötig ist, sollen außerdem neue sichere Gehwege gebaut werden. Wir setzen wir uns auch dafür ein, dass auf stärker befahrenen Straßen sichere Übergänge für Fußgänger, gegebenenfalls durch mehr Ampelanlagen und Querungshilfen, geschaffen werden. Dort, wo es möglich ist, sollen die Ampelschaltungen optimiert und Fußgängerwege verbreitert werden. Dies soll insbesondere älteren Menschen und Kindern die notwendige Sicherheit geben.

Darüber hinaus müssen die bezirklichen Ordnungsämter durch mehr Personal und bessere Ausstattung gestärkt werden, damit Parkverstöße bei Behindertenparkplätzen und abgesenkten Bordsteinen konsequenter geahndet werden können.

Barrierefrei wohnen

Barrierefreie Wohnungen haben in Berlin Seltenheitswert. Besonders die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften stehen schlecht da. Auf 351.689 landeseigene Wohnungen kommen gerade einmal 8.522 barrierefreie Wohnungen. Die Zahlen verdeutlichen: Es braucht dringend finanzielle Anreize für den barrierefreien Umbau von Wohnungen, um insbesondere zusätzliche Lasten für Mieterinnen und Mieter im Alter zu vermeiden. Für den schnellen Abbau von Barrieren wollen wir außerdem ein Aufzugsförderprogramm für Wohnhäuser auflegen und damit in den nächsten fünf Jahren 1.000 neue Aufzüge für Wohngebäude fördern. Gleichzeitig wollen wir den Anteil barrierearmer und barrierefreier Wohnungen beim Neubau nachhaltig erhöhen.

Zum barrierearmen Wohnen gehört, dass ausreichend und kostenlose Behindertenparkplätze zur Verfügung stehen. Hier fängt für viele Menschen mit Beeinträchtigungen das Problem der nicht-barrierefreien Mobilität bereits an. Wir wollen beenden, dass einige landeseigene Wohnungsbaugesellschaften keine kostenfreien Behindertenparkplätze für ihre Mieterinnen und Mieter anbieten. Daher fordern wir eine einheitliche Regelung und die Kosten- und Gebührenfreiheit von Behindertenparkplätzen.

Inklusion braucht Fachkräfte

Menschen mit Behinderungen brauchen oft Unterstützung in verschiedenen Lebensbereichen. Das gelingt insbesondere mit multiprofessionellen Teams, die sie im Alltag begleiten, um ihnen eine möglichst selbstbestimmte Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Diese Unterstützung sollen insbesondere die Leistungen der Eingliederungshilfe gewährleisten. Aufgrund des Fachkräftemangels wird es jedoch immer schwieriger, Fachkräfte für die Eingliederungshilfe zu gewinnen. Deswegen setzen wir uns für die Anerkennung neuer Berufsgruppen und Studiengänge ein. Außerdem sollen Mitarbeiter mit berufsbegleitender Weiterbildung oder langjähriger Erfahrung bei der Fachkraftquote berücksichtigt werden. Darüber hinaus gilt es, die Attraktivität der Ausbildung in der Heilerziehungspflege zu erhöhen, indem das Schulgeld abgeschafft und der Abschluss uneingeschränkt anerkannt wird.

Inklusion ins Arbeitsleben

Im Sinne einer inklusiven Wirtschaft wollen wir allen Berlinerinnen und Berlinern eine angemessene Teilhabe und ausreichend Wahlmöglichkeiten im Arbeitsleben ermöglichen. Dazu gehören, sofern individuell möglich und sinnvoll, auch die 339.870 Berliner Schwerbehinderten. Die bürokratischen Hürden hierfür sind oftmals so hoch, dass von der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen abgesehen wird. Letztendlich leiden Menschen mit Beeinträchtigungen darunter, dass Rot-Grün-Rot die Verwaltung nicht zu einem echten, funktionierenden Dienstleister umgebaut hat.

Insbesondere Kleinstunternehmen verfügen nicht über die personellen Kapazitäten, sich mit dem Berliner Behörden-Ping-Pong intensiv auseinander zu setzen. Kleinstunternehmen mit höchstens 10 Mitarbeitern machen aber acht von zehn Berliner Betrieben aus und bieten damit ein großes Potenzial, Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt zu integrieren. Hier ist der Gesetzgeber gefragt, die Betriebe so zu unterstützen, dass Menschen mit Behinderungen in die Unternehmen integriert werden können. Daher werden wir eine Beratungsstelle für Arbeitgeber durch das Land Berlin einrichten, um Unternehmen, die Menschen mit Behinderungen einstellen wollen, zielgerichtet zu unterstützen und über Fördermöglichkeiten zu informieren. Zudem setzen wir uns dafür ein, Freistellungs-

und Heranziehungsregelungen sowie Fortbildungsansprüche für Schwerbehindertenvertretungen zu verbessern.

Inklusive Bildung und individuelle Förderung

So viel Inklusion wie möglich und so viel individuelle Förderung wie nötig – diesem Leitbild folgt die CDU bei der Bildungsteilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in den Berliner Schulen. SPD, Grüne und Linke setzen hingegen auf Inklusion im Hauruck-Verfahren. Auch angesichts des ohnehin schon gravierenden Lehrermangels geht das auf Kosten aller Schüler – insbesondere derjenigen mit besonderem Förderbedarf. Statt ideologischer Scheuklappen ist Augenmaß bei der Inklusion gefragt.

Deswegen setzen wir uns für einen behutsamen Ausbau inklusiver Beschulung an den Regelschulen ein. Gleichzeitig brauchen wir auch die Förderzentren, um sicherzustellen, dass jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten die bestmögliche Förderung bekommt. Eltern von Kindern mit Förderbedarf sollen selbst entscheiden dürfen, welche Schulform für ihr Kind die geeignetste ist – Förderzentrum oder inklusive Schule.

Unterstützungsmaßnahmen können jedoch nur greifen, wenn Förderbedarfe frühzeitig festgestellt werden. Wir hatten uns von Anfang an dafür stark gemacht, die Feststellungsdiagnostik für Sprach-, Lern- und Verhaltensschwierigkeiten vor dem Einschulungstermin beizubehalten, damit individuelle Förderung wirklich möglich ist. Den von Rot-Rot-Grün durchgesetzten Wegfall der Feststellungsdiagnostik kritisieren wir scharf. Denn er bedeutet, dass Kinder mit notwendigem Förderbedarf zunächst gemeinsam mit allen übrigen Schulanfängern eingeschult werden, und ihr besonderer Förderbedarf erst – und wenn überhaupt – im Laufe ihrer Schulzeit diagnostiziert wird. Ein solch spät diagnostizierter Förderbedarf führt dazu, dass Kinder mit Sprach-, Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten früh Schulprobleme bekommen, die sie während ihrer ganzen Schulzeit belasten. Ohne eine (frühzeitige) Diagnose durch Experten ist keine individuelle Förderung und damit auch keine volle Entfaltung der Persönlichkeit möglich.

Auch die Berliner Hochschulen und Universitäten müssen Teil einer barrierefreien Bildung in Berlin sind. Jede Berliner Hochschule soll barrierefreie Online-Lehre und

einen barrierefreien Online-Auftritt umsetzen. Dies stärkt nicht nur die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, sondern ist angesichts der fortschreitenden Digitalisierung ein längst überfälliger Schritt.

Die Berliner Bibliotheken mit ihrem Angebot in der Fläche aber auch mit ihrem Flaggschiff der Zentral- und Landesbibliothek sind integraler Bestandteil der Berliner Bildungs- und Kulturlandschaft. Dazu gehören erlebbare Buchbestände für alle Berlinerinnen und Berliner. Dasselbe gilt für Exponate, Filme, Bücher und Literatur unserer vielfältigen Kultureinrichtungen, die als kulturelles Erbe gesichert und öffentlich zugänglich gemacht werden. Hierzu gehört nicht nur ein barrierefreier Zugang zu den Einrichtungen, sondern die Digitalisierung der Werke durch die Ausstattung mit zeitgemäßer Technologie und digitaler Infrastruktur, um auch einen barrierefreien Zugang zu den Werken sicherzustellen. Der Zugang zu Berliner Kulturgütern darf kein exklusives Recht von Menschen ohne Behinderung sein.

Wir werden auch die Berliner Familienzentren hinsichtlich ihrer Angebote für Menschen mit Behinderung stärken, fördern und weiterentwickeln. Denn sie beraten und betreuen Familien und bieten auch Eltern mit behinderten Kindern Orientierung, Unterstützung und konkrete Hilfen in vielen Fragen des Alltags an.

Sicheres Berlin für alle

Menschen mit Behinderungen sind in besonders hohem Maße Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch. So haben fast doppelt so viele Frauen mit Behinderungen körperliche Gewalt erlebt wie Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. Hinzu kommt, dass sie zwei- bis dreimal häufiger Opfer von sexualisierter Gewalt werden. Und auch in der Kindheit erleiden Menschen mit Behinderungen viel häufiger psychisches und physisches Leid.

Das Land Berlin ist gefordert. Notwendig sind leicht zugängliche Hilfsangebote für die Betroffenen. Auch eine landesweite Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit kann zu einer schnellen und nachhaltigen Besserung beigetragen. Zugleich müssen Familien mit behinderten Kindern stärker unterstützt werden, um Gewalt in den eigenen vier Wänden entschieden entgegenzutreten.

Funktionierende und barrierefreie Verwaltung

33 Tage durchschnittliche Wartezeit auf einen Termin im Bürgeramt, nicht barrierefreie Webseiten des Landes Berlin und viel zu wenig digitale Verwaltungsdienstleistungen. So sieht die traurige Realität der Berliner aus, wenn man unter Rot-Grün-Rot eine Dienstleistung der Verwaltung in Anspruch nehmen muss.

Für Menschen mit Beeinträchtigungen werden die ohnehin schon umständlichen Besuche im Bürgeramt schnell zum Albtraum. Digitale Verwaltungsdienstleistungen bieten gerade auch für Menschen mit Handicap eine große Chance und sind inzwischen mehr als überfällig. Deswegen wollen wir im Rahmen der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen dafür sorgen, dass diese barrierefrei vonstattengehen. Dies fängt bei der Barrierefreiheit der Webseiten des Landes Berlin an, die größtenteils noch immer nicht vollständig barrierefrei sind. Diese sollten, sofern sinnvoll, schnellstmöglich um Leichte Sprache, Alternativtexte bei Bildern und Untertitel bei Videos ergänzt werden. Sofern Dienstleistungen der Berliner Verwaltung überhaupt digital angeboten werden, stellen sich hierbei zu häufig Barrieren für Menschen mit Behinderungen. Diese Barrieren wollen wir zügig abbauen und eine echte digitale Verwaltung für alle schaffen.

Inklusion durch Sport

Sport verbindet Menschen über alle Altersklassen, mit und ohne Migrationshintergrund sowie mit und ohne Behinderungen. Damit ist der Sport ein ganz wichtiger Bestandteil von Integration und Inklusion. Um entsprechende Sportmöglichkeiten und Projekte anbieten zu können, sind Sportflächen und gut ausgestattete Sportstätten unabdingbar. In den Bezirken fehlen jedoch dringend benötigte Sportflächen und die vorhandenen Sportstätten sind zu einem nicht unerheblichen Teil in einem schlechten Zustand. Deshalb fordern wir für die langfristige Entwicklung der Sportinfrastruktur die Erstellung eines Masterplans. Zudem soll mit einem Sportflächenschlüssel sichergestellt werden, dass bei künftigen Quartiersplanungen und größeren Bauvorhaben pro Einwohner auch ausreichende Sportflächen zur Verfügung stehen.

Die Barrierefreiheit werden wir in unseren konzeptionellen Planungen sowie bei Sanierungen und Neubauvorhaben von Sportstätten in Berlin bestmöglich

berücksichtigen. Den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark wollen wir zügig zu einer modernen Leistungs-, Breiten- und vollständig barrierefreien Inklusions-Sportanlage umbauen. Durch einen Ersatzneubau des Cantian-Stadions wollen wir die Ansprüche an ein zukunftsfähiges, modernes Stadion umfassend erfüllen, so dass im Jahn-Sportpark Sportveranstaltungen stattfinden können, für die sonst kein Stadion in Berlin tauglich ist.

Auf dieser Grundlage wollen wir Projekte wie die des Landessportbundes sowie seiner Vereine und Verbände zur Förderung von Teilhabe und Vielfalt im Sport unterstützen und ihnen mehr Raum geben, um Teilhabe und Vielfalt im Sport sicherzustellen.